Protokoll
der 24. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10. Februar 2004

Beginn : **16.30 Uhr** **Ende: 19:20 Uhr**

Tagungsort : **Rathaus Zehlendorf, alter BVV – Saal**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

TOP 1: Bürgerfrageviertelstunde

Es liegen keine Anmeldungen vor.

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt

TOP 3: Geschäftliche Mitteilungen

Der Vorsitzende richtet den Mitgliedern Grüße von Herrn Lecke aus, der sich für die gute Zusammenarbeit nochmals bedankt.

Das Umweltamt plant für den 23.10.2004 die 2. Zukunftskonferenz. Schwerpunkte werden die Themen Jugend und Bildung sein.

Top 4: Berichte der AG‘en gem. § 78 SGB VIII

- **Familienunterstützende Hilfen (FuH)**
  Die AG § 78 FuH hat in Ihrer letzten Sitzung sechs gleichberechtigte Sprecher/innen gewählt. Inhaltlich sind keine Mitteilungen erfolgt. Informationen über und aus der AG sind im Internet unter www.ag78.de zu finden.
  Die nächste AG findet am 17.03.04 von 9.30 – 12.00 Uhr im JFH Albert-Schweitzer statt.

- **Kinder- und Jugendarbeit**

Herr Huth berichtet aus der AG. Es sind in diesem Jahr noch zwei bis drei Sitzungen vorgesehen. In der zweiten Hälfte diesen Jahres wird die AG den Schwerpunkt auf Teamarbeit legen. Er bemängelt den schleppenden Gang der Errichtung der AG’s in einigen Regionen und erhält diesbezüglich Mitteilung, wann welche regionalen AG’s tagen. Er fragt, den nach dem Stand der Kooperationsvereinbarung für das JFH Theodor-Fontane mit Spiel & Aktion e.V. nach, welche zwar schon seit 1 ½ Jahren ankündigt und daher nach seiner Auffassung überfällig sei. Die Verwaltung teilt mit, dass der LEV vorbereitet ist, ein Abschluss derzeit aufgrund der Bedingungen gem. Art. 89 Verfassung von Berlin nicht möglich sei. Es sind zwei Mitarbeiter des Jugendamtes in der Einrichtung tätig. Spiel & Aktion e.V. erhält für die Durchführung von Angeboten Honorarmittel und beschäftigt eigene Mitarbeiter/innen.

Frau Otto berichtet in diesem Zusammenhang, dass der Verein Spiel & Action e.V. eine Spende in Höhe von 750 € erhalten hat.

- **Tagesbetreuung von Kindern (Kita)**
  Die AG beschäftigte sich mit dem Gesamtkonzept zur Übertragung der Horte an die Schulen. Es wurden dazu Fragestellungen für das Bezirksprojekt erarbeitet.

- **Psychosoziale Dienste**
  Die Sprecher/innen der AG Dienste werden am 18.02.2004 gewählt.

Top 5: Darstellung der Arbeit der Erziehungsberatungsstellen in öffentlicher und freier Trägerschaft

Frau Meyer (Koordinatorin des Regionalteams 1 des Fachbereiches Psychosoziale Dienste), Frau Grauel-von Strünck (Leiterin des Fachbereiches Psychosoziale Dienste) und Herr Dr. Jacob (Erziehungs- und Familienberatungsstelle des DRK Südwest Behindertenhilfe GmbH) stellen anhand einer Overhead-Präsentation vor, wie die Erziehungs- und Familienberatung im Bezirk durchgeführt wird. Insbesondere informieren sie über den Zugang, die Definition, die Intervention, Fallabschlüsse und die Qualitätssicherung.
Frau Meyer erklärt, dass der dreijährige Modellversuch (Teilung der Finanzierung für die Erziehungs- und Familienberatungsstellen freier Träger in Sockelfinanzierung durch SenBJS und Fallpauschalfinanzierung durch die Bezirke) mittlerweile beendet sei. Das Modell wird in der Form fortgesetzt. Die Finanzierung ist entsprechend den Bedingungen gem. Art 89 VvB sichergestellt. Die Verhandlungen zwischen DRK und Jugendamt sind kurz vor dem Abschluss.
Aufgrund der Kürzungen in den Bereichen der ambulanten und stationären Hilfe zur Erziehung seien in den öffentlichen Erziehungs- und Familienberatungen verstärkt Nachfragen zu verzeichnen. Außerdem wäre der durch den Funktionswandel in diesem Bereich und die dadurch erforderliche stärkere Einbindung in die Falleingangsphase ein Aufgabenzuwachs verbunden. Zu berücksichtigen sei auch, dass der Änderungstarifvertrag bei den Mitarbeiter/innen zu durchschnittlichen Abwesenheitszeiten von 20 Tagen führt und sich die Wartezeiten für die Hilfesuchenden drastisch verlängern.
Herr Dr. Jacob erklärte, dass sich 50 % der Hilfesuchenden an die Beratungsstellen wegen Trennungs- bzw. Scheidungsprobleme wenden. Er berichtete über die durchgeführte Katamnese: 60 – 70 % der beratenen Personen bzw. Familien berichten vom Erfolg der Beratung. 80 % würden die Beratungsstelle weiter empfehlen. Weitere Informationen seien im Internet unter www.erziehungsberatung-berlin.de abzurufen.
Frau Grauel-von Strünck stellte die Qualitätssicherung in der Erziehungs- und Familienberatung noch genauer dar. Anhand einer Mindmap stellte sie die Aufgabenbereiche und vor allem den Vernetzungscharakter der EFB mit anderen Dienststellen dar.
Frau Ehlgötz (CDU) fand die Darstellung interessant und fragte nach, ob ausreichend Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt würde. Herr Dr. Jacob erklärte, dass es eine große Nachfrage nach Beratung gäbe. Schulen und Kitas werden besucht, es würden Flyer verteilt, die beste Werbung sei jedoch die „Mund zu Mund – Propaganda“.
Frau Berning plädierte für die Erhaltung der Institution und fragte die Personalsituation nach. Frau Meyer teilte mit, dass das bezirkliche Erziehungs- und Familienberatungszentum an zwei Standorten, nämlich einen in Steglitz (Mittelstraße) und einen in Zehlendorf (Königin-Luise-Str.) arbeitet. Am Standort Steglitz sind 9 Mitarbeiter/innen auf 6 ½ Vollzeitstellen und in Zehlendorf 8 Mitarbeiter/innen auf 6 Vollzeitstellen beschäftigt.

Bei Freiwerden von Planstellen könnten nur Mitarbeiter/innen aus dem Personalüberhang eingestellt werden.
Herr Dr. Jacob ergänzt, dass das DRK über 5,2 Vollzeitstellen verfüge. Von den Familien die das DRK betreue, seien 25 % nicht deutscher Herkunft bzw. Familien mit Migrationshintergrund.
Frau Kindler fragt nach, wie der Träger mit unsicherer finanzieller Lage mit dem gestiegenen Bedarf umgehe. Herr Dr. Jacob erwidert, dass die Mitarbeiter/innen die Schieflage erkannt hätten und dem Bedarf durch ausbeuterisches Verhalten nämlich durch viele Überstunden versuchen würden gerecht zu werden. Frau Ferrary fragt die Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Psychotherapeutischen Praxen ab. Herr Dr. Jacob erklärte, dass es eine kooperative Zusammenarbeit geben würde, es jedoch an Fachkräften mangele. Frau Meyer ergänzte, dass Kindertherapien durch den öffentlichen Träger, da wo möglich, grundsätzlich an freie Praxen vermittelt wird. Trotzdem sei der Zuwachs an Beratungsbedarf so gewaltig, dass jetzt vermehrt zu einer „Intervall-Beratungen“ übergegangen würde. Trotzdem seien verlängerte Wartezeiten nicht zu vermeiden.
Frau Berning fragte nach dem Verhältnis von Freiwilligkeit und Zwangsberatung. Die Fachkolleginnen haben dazu keine übereinstimmende Haltung geäußert, sondern sahen die Freiwilligkeit, die im übrigen auch im § 28 SGB VIII festgehalten ist, als Mittel erfolgreicher Beratungen. Sie befinden sich hinsichtlich der Durchführung von Zwangsberatung allerdings derzeit in einem fachlichen Diskussionsprozess, der im übrigen im gesamten Bundesgebiet stattfindet.

Top 6: Zuwendungen an freie Träger der Jugendarbeit

Frau Zier erklärte vorab, dass der Schülerclub Solaris bis Ende Juni 2004 sicher finanziert wird und eine weitere Entscheidung an einer vorher erfolgten Evaluation abhängen würde. Herr Rosenthal betont, dass die Zuwendungen für alle Projekte wichtig sind. Er wies darauf hin, dass die im Haushaltsplan eingestellte Summe von 20.000 € zur Befriedigung der beantragten Projekte um ca. 5.000 € aus der Gembusstiftung aufgestockt worden sind.
Herr Rolle wies darauf hin, dass es momentan keinen Haushalt gäbe und er diesbezüglich um Aufklärung bäte, ob überhaupt ein Beschluss gefasst werden könne. Frau Otto erklärte, dass 5/12 der Mittel derzeit verwendet werden dürfen.
Herr Müller-Gazurek wies darauf hin, dass die BVV aus dem Grunde, dass der Art. 89 VvB in Kraft sei, keine Sondermittel bewilligen könne und er hier eine Vergleichbarkeit sehe.
Frau Otto teilte dazu mit, dass es sich um laufende Projekte handele und ein Vergleich mit den Sondermittelanträgen daher nicht grundsätzlich zu ziehen sei.
Frau Sunkel fragte nach, weshalb die Betriebskosten für den „Bunker“ nicht aus den A8-Mitteln finanziert werden. Frau Biermann erläuterte den hier bestehenden Zusammenhang der Mischfinanzierung mit dem Angebot von „Outreach“ durch die SenBJS.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, ob die Vorlage insgesamt abgestimmt werden kann, beantragte Frau Ferrary die Einzelabstimmung über die fünf beantragten Angebote.
Der Vorsitzende stimmte jedes einzelne Angebot entsprechend der bereits mit der Einladung versandten Übersicht ab:

Lfd.Nr.	Abstimmung bei 12 stimmberechtigten Mitgliedern
1	einstimmig
2	11:1:0

3	11:1:0
4	12:0:0 Bewilligung bis 06/2004 – Weiterfinanzierung vorbehaltlich der Weiterfinanzierung des Schülerclubs Solaris durch die Dtsch. Kinder- und Jugendhilfestiftung
5	einstimmig

Top 7: Berichte aus den UAG´s

a) Hilfen zur Erziehung

b) Kindertagesstätten

Zu a) Herr Rolle berichtet aus der UAG HzE:

Die 2. Sitzung fand am 26.1. statt. Die Themen waren der Fachtag mit den drei Schwerpunkten: Was sind Hilfen zur Erziehung? Wie werden sie gesteuert? Wie sieht die Trägerlandschaft aus? Für den Fachtag wurde als Vorschlag an den JHA der 27.3.2004 von 10.00 bis 18.00 Uhr vorgeschlagen. Zur weiteren Vorbereitung treffen sich die Trägervertretungen der Freien Träger mit der Verwaltung am 16.2.2004.

Außerdem erfolgte durch die Verwaltung die Vorlage der Fortschreibung der Fallzahlen, die Darstellung der Haushaltslage sowie die Vorlage einer Trägerkarte.

Die nächste Sitzung der UAG ist am 23.2.2004 um 17.30 Uhr im BHH, Raum 1713.

Anstatt Hr. Dr. von Hirschhausen wird für die FDP zukünftig Frau Sunkel an dieser UAG teilnehmen.

Zu b) Die UAG Kita hat nicht getagt.

Top 8: Bericht aus der Verwaltung

0. Jugendamt - Allgemeines

0.1 Die Ausgaben erfolgen auf der Grundlage des Art. 89 der Verfassung.

0.2 Das vom RdB im Rahmen der Agenda 2006 beschlossene **Projekt „Sozialraumorientierung (SRO)“** wird mit einer Startsitzung am 16.2.2004 beginnen. JugPlan ist als Vertreter für das JA benannt. Das Projekt wird in der März-Sitzung ausführlich dargestellt.

1. Regionaler Dienst A

1.1 Der Regionale Dienst A beschäftigt sich derzeit mit dem **Aufbau der Regionalen AG gem. § 78 SGB VIII.**

1.2. Da die **Leitungsstelle des RD** noch nicht besetzt werden kann, wird diese durch den Leiter des RSD, Herr König, in Personalunion kommissarisch wahrgenommen.

1.3 Mehrere Anwohner der Ahornstraße beschweren sich seit einiger Zeit über die Belästigungen die durch die dort ansässige Jugenddiskothek „Pop Inn“ erfahren. Deshalb wird am 25. Februar erneut ein Runder Tisch mit den betroffene Anwohnern, den beteiligten Dienststellen und der Dezernentin stattfinden.

2. Regionaler Dienst B

2.1 Der Haushaltsausschuss hat am 02.02.2004 beschlossen, dass das Rathaus Lichterfelde zum Haus der Weiterbildung weiter ausgebaut werden soll. In einer Protokollnotiz wurde festgehalten , dass die dadurch entstehenden Kosten für das Jugendamt nicht aus dessen Mitteln zu tragen sind. Eine Kostenschätzung der Um-

baukosten für das Gebäude Beethovenstr. 34 durch das Bauamt liegt derzeit noch nicht vor.

2.2. Das jetzt in Kooperation betriebene **Kinder-, Jugend- und Nachbarschaftszentrum Osdorfer Str.** wird am 12.02.2004, von 14.30 Uhr seine Veränderungen im Rahmen eines Festes präsentieren. Die JHA-Mitglieder sind herzlich dazu eingeladen.

2.3. Die personellen Einschränkungen durch die Nichtverlängerung eines Zeitvertrages im **Nachbarschafts- und Kulturzentrum Villa Folke Bernadotte** sind zum 01.02.2004 behoben worden.

3. ***Regionaler Dienst C***

3.1 Am 24.01.04 hat der **Kiezbrunch in Zehlendorf Süd** stattgefunden. Der Einladung des „Runden Tisch“ Zehlendorf-Süd sind ca. 40 Anwohner/innen gefolgt, um bei Kaffee, Tee und leckeren Speisen über die Situation im Kiez zu diskutieren.
Die Anwohner/innen berichteten über die Probleme im Kiez. Diese sind beispielsweise:

- zu wenig Polizei auf der Straße
- viel Müll und Unrat in den Grünanlagen
- die Einkaufsmöglichkeiten haben sich verschlechtert

Die Initiative zur Durchführung dieses Nachbarschaftstreffens wurde positiv bewertet. Viele Anwohner/innen äußerten den Wunsch, solche Veranstaltungen regelmäßiger durchzuführen. Der „Runde Tisch“ wird dieses Anliegen auf seiner nächsten Sitzung besprechen. Parallel zum Kiezbrunch wurde eine Anwohner/innenbefragung durchgeführt, die Auswertung erfolgt durch den Träger Zephir e.V.. Die Ergebnisse werden dem JHA vorgestellt.

3.2. Am 18.03.2004 wird um 18.00 Uhr in der JFE Schottenburg die **Auftaktveranstaltung für den „Runden Tisch“ Sundgauer Str./Zehlendorf Mitte** stattfinden. Eingeladen sind Anwohner/innen, Vertreter/innen der S-Bahn GmbH, der Wohnungsbaugesellschaft GSW, der Polizei und Mitarbeiter/innen der Kinder- und Jugendeinrichtungen aus diesem engeren Umfeld. Eine Einladung an der JHA-Mitglieder wurde verteilt.
Anlass für diese Zusammenkunft sind Vorkommnisse an der sog. „Schneckenbrücke“.

3.3. Vom 03.04.04 –11.04.04 soll wieder die **Musikgruppenfahrt der JFE Schottenburg** nach Oberseemen (s. TOP 6 Zuwendungen) stattfinden.

3.4. Bezüglich der **Weiterentwicklung der Arbeit der Kinder und Jugendeinrichtungen der Region C** hat vom 05.01. – 09.01.2004 eine Fortbildungsveranstaltung stattgefunden. Neu dabei war, dass dies als gemeinsame Veranstaltung der Einrichtungen des Jugendamtes und derjenigen der Freien Träger der Region C erfolgte. Die Veranstaltung wurde von allen Teilnehmern als sehr gelungen erlebt.
Vom 10.05.-11.05.2004 wird in einer Folgeveranstaltung das Gesamtkonzept fertiggestellt.

4. ***Regionaler Dienst D***

4.1. **Die Leitung des Regionalen Dienstes** wird kommissarisch ab 01.02.2004 in Personalunion durch die Leiterin des Regionalen Sozialen Dienstes, Frau Winzer, wahrgenommen.

4.2 Vom 19.01.-21.01.2004 hat eine **Fortbildungsveranstaltung der Kinder- und Jugendeinrichtungen der Region D** in der Fort- und Weiterbildungsstätte Jagd-

schloss Glienicke stattgefunden. Mit Blick auf die Regionalisierung und Sozialraumorientierung haben sich die Einrichtungen mit ihren bisherigen Konzeptionen, den Bedarfen und Ressourcen und möglichen Veränderungen auseinandergesetzt. Die Veranstaltung wurde von den Teilnehmerinnen als überaus intensiv und zukunftsorientiert bewertet.

5. Fachbereich Jugendförderung allgemein

5.1 Die **Fachverantwortung für den Fachbereich** übernimmt ab 1.02.2004 kommissarisch der Regionalleiter D, Herr Rosenthal, nachdem Herr Lecke im Jan. 2004 in AT gegangen ist.

5.2 Für den **Zeltlagerplatz Hohenfelde** wird der Pachtvertrag beendet. Das Bezirksamt hat aus Gründen der Ersparnis beschlossen, an den Verpächter noch im Monat Februar die Abrisskosten in Höhe von 65.000 € bei Erlass der Pacht in Höhe von 5.000 € zu leisten. Dadurch war die Mietersparnis bis 2006 zu erreichen.
Frau Sunkel fragt nach, weshalb sich dieser Betrag nunmehr auf mehr als das doppelte erhöht habe. In der Beantwortung einer Anfrage wäre lediglich von 30.000 € die Rede gewesen. Frau Biermann sagt zu, eine entsprechende Darstellung dem Protokoll beizufügen.

5.3. Am 18.02.2004 findet um 13:00 Uhr im HDJ Argentinische Allee **für alle JFE der Regionen eine Veranstaltung zum Thema Qualitätsmanagement in den Berliner Jugendfreizeitstätten** und dem in dem Zusammenhang erstellten Handbuch statt. Prof. Dr. Marianne Meinhold der Ev. Fachhochschule wird referieren.

6. Fachbereich Kindertagesbetreuung

6.1. Frau Otto stellte ausführlich, die neuen Bedingungen zu den Stellenbesetzungen, die jetzt infolge des Änderungstarifvertrages erreicht werden konnten, dar. Als Ausgleich für die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung stehen jetzt 7,84 und als Ausgleich für die auf Arbeitszeitkonten gesammelte Zeit 18,50 Stellen für den Bezirk zur Verfügung. Der weitere Bedarf muss durch arbeitsorganisatorische Regelungen gedeckt werden.

6.2. Zum Stand der **„Bundes-Kitas“** hat das Bundesbauamt mitgeteilt, dass die Fertigstellung der **Kita Tom-Sawyer-Weg** (künftiger Träger: Unionhilfswerk) zum Anfang Juni 2004 erwartet wird. Ein Betriebsbeginn zum 01.08.2004 erscheint daher möglich. Die Finanzierung ist nach Auskunft des Landesjugendamtes in der Haushaltsplanung berücksichtigt.
Der Baubeginn der **Kita Baseler Straße** (künftiger Träger Klax e.V.) ist für das zeitige Frühjahr 2004 zum Ende der Frostperiode geplant. Hier sind alle erforderlichen Unterlagen komplett.
Für die **Kita Osteweg** (künftiger Träger NBH Schöneberg e.V.) wird der Baubeginn im Herbst 2004 erwartet, da hier die Unterlagen noch nicht vollständig sind.
Ein Baubeginn für die **Kita Ortlerweg** (künftiger Träger: Unionhilfswerk) ist noch nicht avisiert.

6.2 Am 12.Februar trifft sich die **gemeinsame Projektgruppe „Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern“** zu ihrer ersten Sitzung im Bürgersaal des Rathauses Zehlendorf.

6.3 Nach Ende der zweiwöchigen **Schließung der Kita-Kostenstelle** infolge der neuen Kita-Gebührenordnung war die Bearbeitung von zwei Drittel der insgesamt 5.000 Kostenvorgänge begonnen. Es konnte wegen notwendiger Rückfragen oder fehlender Unterlagen aber erst ein Viertel der Neu-Bescheide erteilt werden. Nach dem Versand der Bescheide am 23.Januar waren die Telefone der Kostenstelle tagelang durch Anrufe empörter Bürger/innen blockiert. Inzwischen hat es auch die ersten demonstrativen Kündigungen gegeben.

Um eine weitere zügige Bearbeitung zu gewährleisten, ist eine erneute Schließung der Kita-Kostenstelle in der Zeit vom 16. bis 28.02.2004 vorgesehen.

6.4 Am 8.01.2004 hat eine **Fachgruppe aus Japan** sich über die Arbeit unserer **Tagespflegebörse** informiert und auch eine Großtagespflegestelle besucht. Es ist der dritte derartige Besuch aus Japan.

7.. Fachbereich Psychosoziale Dienste

7.1 Frau Otto hat auf Landesebene bei SenSozGes angeregt, dass zur **Verbesserung der Zusammenarbeit von Jugend, Schule und Gesundheit** (Broschüre liegt den Mitglieder des JHA vor) ein Projekt entwickelt wird und eine von den sechs Psychiatrieregionen dafür ausgewählt wird. Die Bezirke Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf als Region Südwest haben den Zuschlag erhalten. Die Federführung wurde durch die Frau Otto an den KJGD übertragen. Das Jugendamt wird in diesem Projekt durch Jug 3000 vertreten.

8. Fachbereich Familienunterstützende Hilfen (allgemein und FDs)

8.1. JugDez'in teilt mit, dass sie zum Info-Austausch bzgl. der **Aktenbearbeitung in der AV der Jugendamtes** mit den Jugendpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen im Anschluss an die Sitzung einen Termin vereinbaren wird.

8.2 Aufgrund von Klagen betroffener Eltern bzgl. der Ablehnung von **Kostenübernahmen für behinderungsbedingte Mehrkosten für Integrationsreisen** hat das Verwaltungsgericht festgestellt, dass eine Gewährung dieser Kosten lediglich in Höhe der durch den Bezirk zur Verfügung gestellten Mittel erfolgen muss. Das VG hat allerdings festgestellt, dass die Verwaltung gegen den Gleichheitsgrundsatz des GG bei der Bewilligungspraxis verstoßen hat und hat deshalb einen Vergleich herbeigeführt mit der Auflage, dass die Verwaltung des Jugendamtes gemeinsam mit betroffenen Eltern und Trägern von Integrationsreisen für 2004 und dann auch für die Folgejahre ein transparentes Verfahren entwickelt welches den Grundsatz der Gleichbehandlung erfüllt. Die Verwaltung hat deshalb gemeinsam mit betroffenen Eltern und Trägern sich auf ein Verfahren verständigt, welches dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

9. Fachbereich 5 - Jugendausbildungszentrum

9.1 Zur Zeit befinden sich etliche **Auszubildende im Prüfungsverfahren**. Nach Abschluss wird der Fachbereich über die Ergebnisse berichten.

Top 9: Verschiedenes

- Frau Zier weist auf den Fachtag des Mädchenarbeitskreises am 25.2.04 hin.

- Herr Karnetzki fragt aufgrund des in Erfahrung gebrachten Standes der Übertragung in anderen Bezirken nach dem Stand der Kita-Übertragungen im Bezirk nach. Ihm wird vermittelt, dass hier eine Abhängigkeit von der Übertragung der Hortplätze an die Grundschulen gesehen wird und die Verwaltung hofft, dass bis Sommer 2004 diesbezüglich eine Klärung erfolgt sei, um dann mit der Festlegung der zu übertragenden Kitas erneut beginnen zu können.

- Frau Kühn fragt nach dem Stand der Kündigung der Kita Hindenburgdamm nach. Frau Otto teilt mit, dass der Vermieter jetzt auf ein Schreiben reagiert habe und sich nicht in der Lage sieht, den Mietpreis drastisch zu senken. Frau Otto wird den Vertrag kündigen.

- Frau Sunkel fragt nach dem Sachstand der Aktenbearbeitung im Jugendamt. Frau Otto wies darauf hin, dass sofort anschließend – wie bereits erwähnt – einen Besprechungstermin mit den Jugendpolitischen Sprechern der Fraktionen vereinbaren wird.

- Frau Berning fragt nach, weshalb der Stand zum Bau nicht voranschreitet. Frau Otto teilte mit, dass die entsprechenden Unterlagen der Bauabteilung noch nicht vorlägen.

Vorsitzender :	BV Karnetzki
Schriftführerin :	Fr. Röttger
Protokoll :	Hr. Bragulla

Anlage zu TOP 8; Pkt. 5.2

Abt. Jugend, Gesundheit und Umwelt 01.03.2004

Jug 1100 - 1933
-

Vermerk zur Vorlage im Haushaltsausschuss

Das Bezirksamt hat in seiner Sitzung am 10. Februar 2004 beschlossen, den Pachtvertrag für das Zeltlager mit sofortiger Wirkung aufzulösen und dem Verpächter die Abbruchkosten der vom Bezirksamt errichteten Gebäude in Höhe von 65 000 € zu erstatten.

Hintergrund der Entscheidung ist folgendes:

Das Jugendamt betreibt seit 1967 in 24257 Hohenfelde /Ostsee ein Zeltlager für die Kinder- und Jugenderholung.
Laut Pachtvertrag vom 5.05.1986 ist das Jugendamt verpflichtet, die von ihm errichteten Bauten nach Beendigung des Pachtvertrages zu beseitigen.
Der Pachtvertrag endet am 31.12.2006.
Seit dem Haushaltsjahr 2003 werden wegen fehlender Haushaltsmittel keine Erholungsmaßnahmen mehr in Hohenfelde durchgeführt. Auch für die Zukunft sind keine Belegungen in Hohenfelde geplant.
Der Verpächter hat sich bereiterklärt, gegen Zahlung der vom Hochbauamt Plön ermittelten Abriss- und Freimachungskosten in Höhe von 65.000.- Euro das Jugendamt vorfristig zum 29.02.2004 aus dem Pachtvertrag zu entlassen.
Das Hochbauamt Plön hat für den Abbruch und die Wiederherrichtung des Platzes Kosten in Höhe von 64.200 Euro ermittelt. Hiervon entfallen 31.000 Euro auf die Demontage und Entsorgung von Asbest
(dieser Betrag wurde vom Hochbauamt Steglitz/Zehlendorf ermittelt), 28.100 Euro für Abbruch- arbeiten und 5.100 Euro zur Wiederherrichtung der Freiflächen. Weitere Kosten in Höhe von 800 Euro ergeben sich für die Beseitigung einer Klärgrube.

Den Kosten bis einschließlich 2006 in Höhe von 90.000 Euro (65.000 Euro Abbruchkosten plus 24.728,78 Euro Miete und Versicherung) stehen nunmehr Kosten in Höhe von 67.433,18- Euro gegenüber (Abrisskosten und anteilige Miete 2004).

Die Mehrausgaben für die Abbruchkosten erfolgen durch eingesparte Miete in Höhe von 5 000 € aus Kapitel 4011 Titel 518 01 und durch geringere Ausgaben für den Spielplatz Breitensteinweg in Höhe von 60 000 € aus Kapitel 4720 Titel 716 10.

Otto

Abteilung Jugend, Gesundheit und Umwelt
Jugendamt
JugCon1/V

Wesentliche Abweichungen im Haushaltsvollzug 2003, bis 31.12.2003

(+/- 5.000 € bei den Kapiteln 40 00 bis 40 45, 40 82 und 40 95 - ohne Z-Titel und ehemaligen Z-Titeln sowie Grundstücksbewirtschaftungskosten - , die Begründung ist jeweils bei dem abgebenden Titel vermerkt)

Kapitel	Titel	Bezeichnung	Ansatz	Zugang	Z	Erläuterungen	
				Abgang	A		
4021	51421	Beköstigung- Fremdbezug	760.000	26.072,14	A	Ansätze konnten aufgrund der langfristigen Planung nicht rechtzeitig angepasst werden. Es ergaben sich kurzfristig nicht vorhersehbare Änderungen	
4021	51420	Beköstigung	554.000	26.072,14	Z	wie vor	
4010	68435	sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe	125.000	11.799,93	A	Verlagerung der Mittel während des laufenden Haushalts für Sonnenhaus u. JH am Buschgraben	
4011	67101	Ersatz von Ausgaben	188.000	11.799,93	Z	wie vor	
4040	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiter	19.200	7.070,00	A	Verträge konnten aufgrund der andauernden Haushaltssperre nicht im geplanten Umfang geschlossen werden	
4021	51420	Beköstigung	554.000	7.070,00	Z	s. o.	
4010	67120	Fremdveranstaltete Erholungsmaßnahmen	105.000	12.280,51	A	Wegfall der Erholungsstätte Schwanenwerder und Hohenfelde	
4010	67101	Ersatz von Ausgaben	707.000	12.280,51	Z	Neue Leistungsentgeldverträge zur Durchführung von Angeboten nach §§ 11 ff SGB VIII	
4021	51421	Beköstigung- Fremdbezug	760.000	11.000,00	A	s. o.	
4021	51131	Bekleidung, Wäsche	54.400	11.000,00	Z	In 2002 hat ein Vertragswechsel stattgefunden, der sich erst 2003 ausgewirkt hat. Der Mehrbedarf wurde für Wäschereinigung benötigt, keine Neuanschaffung	